

PSW Atdorf: EnBW stellt sich hinter Pumpspeicher-Technik

Die Schluchseewerk-Mutter EnBW will and Pumpspeicher-Technik auch in Zukunft festhalten. Das erklärte Unternehmensvertreter Bernd Calaminus bei der Erörterungsverhandlung zum PSW Atdorf. Weiterhin gibt es aber keine Bauzusage. Derweil drehte sich die Diskussion zwischen Schluchseewerk AG, BI Atdorf und BUND hauptsächlich um Alternativstandorte – oder vielmehr die Frage, warum es gemäß Untersuchungen keine Alternativen zu Abhau und Haselbachtal geben soll...



Wehr/Hochrhein (msb) Die Schluchseewerk-Mutter EnBW hat nach wie vor großes Interesse an der Pumpspeichertechnik und hält daher unvermindert an dem Ziel fest, zumindest eine Baugenehmigung für das PSW Atdorf zu erhalten. Das betonte Bernd Calaminus, Leiter

Arbeitssicherheit, Krisenmanagement und Umwelt bei EnBW bei der gestrigen Erörterungsverhandlung in Wehr: „Wir forcieren PSW-Projekte trotz derzeit ungünstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, weil es unserer Ansicht nach die Präferenztechnik bleiben wird.“ Die Technik sei alt aber erprobt und funktioniere im „erforderlichen Maßstab“. Außerdem sei jedes PSW, das südlich der Main-Linie gebaut werde, ein Vorteil, wenn es um die Netzstabilität gehe, so Calaminus.

Dass Atdorf nicht in einer Potenzialstudie der EnBW aus dem Jahr 2012 auftaucht, in der in Baden-Württemberg mehr als 200 mögliche Pumpspeicher-Standorte untersucht wurden, sei laut Calaminus lediglich auf die Bewertungsgrundlage zurückzuführen. So wurde für die Entfernung zwischen Ober- und Unterbecken eine Höchstdistanz von fünf Kilometern festgelegt. Beim PSW Atdorf betrage die Entfernung acht Kilometer. Die Positionierung zugunsten der Technologie wollte der EnBW-Vertreter außerdem nicht als Bauzusage verstanden wissen: „Wir werden die Rahmenbedingungen prüfen, bevor wir eine Investitionsentscheidung treffen.“ Bis zur Entscheidung für oder gegen die Realisierung werde es Jahre dauern.

Im Kern des gestrigen Verhandlungstages stand die Frage nach Alternativstandorten für das PSW Atdorf, und auf Basis welcher Gesichtspunkte diese abgelehnt werden. Denn, das stellten die Vertreter der Schluchseewerk AG klar: Aus ihrer Sicht ist der Standort mit dem Oberbecken auf dem Abhau und dem Unterbecken im Haselbachtal bei Bad Säckingen alternativlos.

Zwölf Standorte hatte das Beratungsbüro ILF Consulting Engineers im Auftrag des Schluchseewerks untersucht. Sieben schieden bereits aus, bevor es überhaupt um Umweltfragen ging, wie ILF-Vertreter Martin Pehm darstellte. „In der weiteren Untersuchung hat sich keine der verbliebenen Möglichkeiten als echte Alternative zu Atdorf aufgedrängt“, so Pehm weiter. Beeinträchtigungen und Nachwirkungen gäbe es demnach an allen Standortvarianten. Beim PSW Atdorf fallen sie aber im Durchschnitt nicht so gravierend aus wie bei den anderen, so Pehm.

Die Vertreter der BI Atdorf und des BUND sahen dies freilich anders. Der Rechtsanwalt der BI Atdorf, Philipp Heinz, betonte, dass „Eingriffe und Nachteile des Vorhabens in keinem Verhältnis zum Nutzen“ stünden. „Weder das Gelingen der Energiewende noch die Sicherheit der Energieversorgung hängen vom PSW Atdorf ab“, so Heinz. Insofern wäre die „Nullvariante“, also der Verzicht auf einen Bau der Anlage, ohne negative Auswirkungen für das Gemeinwohl möglich. Für die Schluchseewerk AG ist dies keine Option.

Massiven Gegenwind gab es seitens der Projektgegner im Hinblick auf die Maßstäbe und Methoden, die bei der Überprüfung der Standortalternativen zugrunde gelegt wurden, wie es Anwalt Philipp Heinz sagte: „Mit Menschenverstand sind Teile der Untersuchungsergebnisse

nicht nachvollziehbar.“ Demnach seien gerade im Bereich Quellschutz „wider besseren Wissens“ Daten verwendet worden, die falsch seien. Dies zu dem Zweck, um eine einfachere Vergleichbarkeit zwischen den möglichen Alternativstandorten zu erzielen, wie das Unternehmen auch einräumte.

Auch die Einschätzung der geologischen Verhältnisse, die Einstufung der Beeinträchtigungen während der Bauzeit, die Auswirkungen auf den Siedlungsraum, etwa in Form von Grundstücksenteignungen, oder die Folgen für Tourismus oder andere Infrastruktur-Vorhaben wie die Autobahn wurden engagiert aber sachlich diskutiert. Die Ansichten der Parteien klafften eklatant auseinander. Die Erklärungen der Ingenieure waren nicht angetan, die Einwände und Gegenpositionen der BI und des BUND zu entkräften.